

Vorwort

Sehr geehrte Damen
und Herren!

Die Corona-Pandemie (Covid-19) hat das gesellschaftliche Leben in vielen Teilen der Welt weitestgehend zum Stillstand gebracht. Mit COVID-19 befindet sich die Bundesrepublik Deutschland, Europa, die ganze Welt in einer Lage, wie wir sie uns vor wenigen Wochen noch nicht vorstellen konnten. Die Zahl der Betroffenen in Deutschland steigt weiter an. Alle Bundesländer sind inzwischen mit erheblichen Fallzahlen betroffen. Zur Bewältigung der Situation haben die Bundesregierung und die Bundesländer weitreichende Maßnahmen veranlasst.

Kontaktsperre, geschlossene Grenzen, geschlossene Läden, geschlossene Schulen und Kitas und abgesagte Veranstaltungen prägen zurzeit das öffentliche Leben.

Absicht der Bundesregierung ist es, durch eine Verlangsamung bei der Entwicklung der Zahl der Neuerkrankten die Belastung für das Gesundheitssystem so gering wie möglich zu halten, Zeit für weitere



[Inhaltsverzeichnis](#)

[Vorwort](#)

Joachim Schaprian

[Editorial](#)

Wolfgang Hellmich, MdB

[Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in der Corona-Krise](#)

Christoph Unger

[Die neue Atomwaffendebatte und die NATO](#)

[Die Rückkehr der Kernwaffen in die internationale Sicherheitspolitik](#)

Helmut Ganser

[Der Zaungast](#)

Wolfgang Hellmich, MdB

[Impressum](#)

[Veranstaltungen:](#)

Aufgrund der dramatischen Entwicklung der Corona-Pandemie findet das traditionelle Seminar in der Stresemann-Stiftung am 8. und 9. Mai nicht statt.

Des Weiteren wird die Friedrich-Ebert-Stiftung das am 13.05.2020 geplante Sicherheitspolitische Forum NRW mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr General Zorn nicht durchführen.

Vorbereitungen zu gewinnen und so die Pandemie einzugrenzen und gleichzeitig ausreichend viele Behandlungsmöglichkeiten für Erkrankte durchhaltefähig verfügbar zu halten. Ich glaube, diese Viren-Krise wird unsere Gesellschaft nachhaltig verändern. Auch die Bundeswehr ist in dieser Krise gefordert. Bisher wurden bereits über 200 Unterstützungsanträge aus den Kommunen, Kreisen, Bundesländern und des Bundes gestellt. Wir haben den Präsidenten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe Christoph Unger um einen Beitrag über die Arbeit des Bundesamtes in der Corona-Krise gebeten. MdB Wolfgang Hellmich schildert uns den Ablauf der ersten Woche der bundesweiten Kontaktsperre in Berlin. Durch die Pandemie werden die aktuellen weltweiten sicherheitspolitischen Herausforderungen aus den Schlagzeilen verdrängt. Angesichts von Zweifeln an der Zuverlässigkeit des amerikanischen Schutzschirms wird in deutschen Fachkreisen, angestoßen durch Präsident Macron, die Möglichkeit einer erweiterten Abschreckung durch die Atommacht Frankreich diskutiert. Dazu ein Beitrag von Brigadegeneral a.D. Ganser. In einem weiteren Beitrag „Der Zaungast“ spricht sich MdB Wolfgang Hellmich für eine Stärkung der Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und der Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).

Ich hoffe dass unser Newsletter mit seinen interessanten Beiträgen wieder Ihr Interesse findet. Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien, trotz der erheblichen Einschränkungen, gute Ostertage im Kreise Ihrer Lieben und wünsche uns allen, dass wir zuversichtlich und gesund bleiben

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Joachim Schaprian, Oberst a. D. Vorsitzender des Arbeitskreises Sicherheit und Bundeswehr der NRWSPD

Editorial

Wolfgang Hellmich, MdB

Die Dramatik der aktuellen Lage hier noch mal zu beschreiben, ist überflüssig. Es ist jeden Tag in den Medien zu lesen. Das Risiko, an den Sitzungen in Berlin teilzunehmen war vorher klar. Aber wie viele Menschen tragen dieses Risiko jeden Tag – wenn sie wie in Berlin in völlig überfüllten Zügen zu ihrer Arbeit fahren. Da wird vorgeschrieben, mindesten 2 Meter Abstand zu halten – und dann? Meine Büros sind leer – alle im Home-Office oder in Quarantäne. Und das Sekretariat des Verteidigungsausschusses – wie überall, die Hälfte der Belegschaft hält den Betrieb aufrecht. Der Verteidigungsausschuss muss tagen, um Entscheidungen zu treffen. Es geht eben nicht an, dass unsere Soldatinnen und Soldaten in den Einsätzen ohne Rechtssicherheit ihren Dienst tun. Also finden wir unbürokratisch und ohne lange Diskussionen eine Form, in der wir in kleinerer Besetzung unter Berücksichtigung der die Gesundheit schützenden Vorgaben Entscheidungen treffen können. Das Massband regiert die Sitzordnung! Und alle Fraktionen wie das Verteidigungsministerium machen bei meinen Vorgaben mit. Zumindest in diesem Ausschuss klappt das.

Kein Verständnis habe ich dabei für „politische Trittbrettfahrer“. Da erklärt der Generalinspekteur der Bundeswehr in der Ausschusssitzung auf Anfrage der Linken, dass im Zuge der US-Verlegungsübung Defender 2020 alle Manöver abgesagt sind und die vorzeitige Rückführung der Truppen in die USA organisiert wird. Und am Tag danach lese ich in den Medien die Meldung, dass der Sprecher der Linken dieses in Frage stellt. Er war aber doch in der Sitzung dabei, oder nicht! Die Antwort hat wohl nicht ins politische Kalkül gepasst. Und Vertreter der Union nutzen die Gelegenheit, um das Thema „Einsatz der

Bundeswehr im Inneren“ neu zu thematisieren. Und das obwohl die Spitze der Bundeswehr klar macht, dass die völlig Gesetzeslage ausreicht, um das zu tun, was in dieser kritischen Lage als sinnvolle Hilfsleistungen machbar ist. Die CSU hätte eben die Bundeswehr als bewaffnete Macht gerne im Inland gesehen. Aber das ist mit uns nun nicht zu machen. Aber eigentlich ist das eben vor dem Hintergrund der Probleme, die vor uns liegen, völlig nebensächlich.

Es wäre auch nicht in Ordnung, hier über das ganze Ausmass der Virenkrise zu spekulieren. Ich bin nur froh darüber, dass mit Olaf Scholz , Hubertus Heil, Christine Lamprecht, Franziska Giffey und Heiko Maass krisenfeste und krisenerfahrene Sozis in dieser Bundesregierung sitzen. Und dass wir einen Bundespräsidenten haben, der mit seiner sozialdemokratischen Grundhaltung klar macht, dass Solidarität und gemeinwohlorientiertes Verhalten der richtige Weg sind. So hat es das Aussenamt bereits geschafft, mehr als 140000 deutsche Bürgerinnen und Bürger, die im Ausland gestrandet sind, nach Hause zurückzuholen. Und der Aussenminister kümmert sich persönlich darum, Überfluggenehmigungen über etwas sperrige Länder einzuholen, damit die Menschen nach Deutschland zurückkommen können. Nicht auszumalen, wenn wir jetzt keine funktionsfähige Regierung oder eine Jamaika-Combo am Werke hätten.

Sozialschutz, Mieterschutz, Schirm über ArbeitnehmerInnen und Solo-Selbständige, Stabilisierung unseres guten Gesundheitssystems, Hilfen für Krankenhäuser – und gerade für den Kreis Soest wichtig – für Reha-Einrichtungen (und hier waren es die Sozis, die das eingebracht haben) – mit Hochdruck wird gearbeitet – im Bund, in den Ländern und in allen Kommunen und Kreisen! Und mit Hochdruck arbeiten vor allem die Menschen in Krankenhäusern und Reha-Kliniken, bei Polizei und

Feuerwehr, in den Kitas, in Seniorenheimen und in Arztpraxen, Sanitätspersonal, KassiererInnen an der Kasse des Supermarktes und in der Apotheke, als BusfahrerIn und ZugbegleiterIn, im Job-Center und in der Kommunalverwaltung, und, und, und, und das bei hohem Risiko für ihre Gesundheit. Mit den Worten unseres Bundespräsidenten Steinmeier die Helden des Kampfes gegen Corona! All Ihnen können wir nur danken und bitte an ihre Leistungen denken, wenn es in Zukunft um die Wertschätzung all dieser Berufe geht!

Und dann gibt es auch da die Trittbrettfahrer. Wenn die Preise für Schutzausrüstungen dramatisch steigen oder auch grosse Online-Händler alles, was krisenbedingt günstiger einzukaufen ist, einkaufen und horten – dann ist das Horten von Klopapier und Blumenerde, Nudeln und Reis nur eine verständliche, wenn auch falsche, angstgetriebene Reaktion auf die dramatische Krisenlage. Das andere aber ist ein verabscheuenswürdiges Kalkül auf des Ende von Klein- und Mittelständlern im Handel zu Gunsten des Gewinns und der Marktbeherrschung der Riesen-Online-Händler! Ehemals hiess das „Kriegsgewinnler“! Auch daran bitte denken, wenn wir jetzt einkaufen!

145 Mrd. haben wir in dieser kurzen Sitzungswoche mobilisiert, 1,6 Billionen an Bürgschaften für die nächste Zeit. Gigantische Summen, die wir aber – so Olaf Scholz – stemmen können, weil wir solide gewirtschaftet haben. Um unsere Wirtschaft und die Arbeitsplätze zu retten. Aber auch um unseren Partnern in Europa zu helfen! Es wird nicht das letzte Paket sein. Und es ist auch richtig, zeitlich befristet in die Freiheitsrechte der Menschen zu ihrem Schutz einzugreifen! Es ist einer der wichtigsten Aufgaben des Staates, seine Bürgerinnen und Bürger gegen Bedrohungen von Außen und Innen zu schützen. So muss in jeder Lage abgewogen werden, was notwendig und verhältnismäßig

ist. Und jetzt ist es vernünftig und gerechtfertigt, zum Schutz der Menschen Ausgangseinschränkungen zu verhängen, um Infektionsketten zu unterbrechen. Wenn die Gefahr vorbei ist, dann kehren wir zurück. Obwohl, ich glaube, diese Viren-Krise wird unsere Gesellschaft nachhaltig verändern. Dass wir einen starken und handlungsfähigen demokratischen Staat brauchen wird mehr als deutlich. Was das alles bedeutet – das steht auf dem Pflichtenheft für die Zukunft!

Wir sprechen darüber.

Bleiben oder werden Sie gesund!

Ihr Wolfgang Hellmich, MdB

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in der Corona-Krise

Christoph Unger

Präsident Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Die Corona-Pandemie (Covid-19) hat das gesellschaftliche Leben in vielen Teilen der Welt weitestgehend zum Stillstand gebracht. Aus vielerlei Gründen, zu denen u.a. die Globalisierung der Wirtschaft sowie auch die Ökonomisierung des Gesundheitswesens und die demographischen Veränderungen zählen, ist die Pandemie zur gesellschaftlichen Krise geworden. Die Menschen in den betroffenen Ländern fordern von den staatlichen Akteuren, diese tiefgreifende Krise so schnell wie möglich und mit Blick auf die Erkrankten so erfolgreich wie möglich zu beenden: Die Kinder wollen wieder in die Schule und raus auf den Spielplatz, die Menschen wollen wieder arbeiten und ihren Freizeitbeschäftigungen nachgehen. Für die verantwortlich Handelnden im Krisenmanagement ist das auch deshalb eine extreme Herausforderung, weil niemand voraussagen kann, wie sich diese pandemische Lage weiterentwickelt.

In Deutschland liegt die Eindämmung des Infektionsgeschehens in der Zuständigkeit der Bundesländer, dort vor allem in den für die Gesundheit zuständigen Ressorts. Nur der Freistaat Bayern hat bisher landesweit den Katastrophenfall erklärt, der nach Maßgabe des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes eine einheitliche Führung ermöglicht und besondere Strukturen in den Kreisen und kreisfreien Städten aktiviert. Die Befugnisse des Bundes ergeben sich aus dem Infektionsschutzgesetz und sind im Wesentlichen beratender und unterstützender Natur. Fachlich werden diese Aufgaben vom Robert-Koch-Institut wahrgenommen. Weisungsbefugnisse des Bundes gibt es

insoweit nicht. Eine solche zentrale Steuerungsbefugnis hat der Bund nur in der größten denkbaren Katastrophe, dem Krieg.

Die Erkenntnis, dass diese föderalen Strukturen und Aufgabenverteilungen einer besonderen Koordinierung und eines regelmäßigen Beübens der Abstimmungsverfahren im Hinblick auf nationale Großschadensereignisse bedürfen, war bereits Erfahrung der Hochwasserlage an der Elbe im Jahr 2002, die zwei Jahre später zur Errichtung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) geführt haben. Einer der neuen gesetzlichen Aufträge des BBK war die Durchführung von Übungen auf der strategisch-politischen Ebene zwischen Bund und Ländern, die wir unter dem Namen „LÜKEX“ in der Regel alle zwei Jahre durchführen. Im Jahr 2007 fand eine solche nationale Übung mit einem Influenza-Pandemie-Szenario statt. Seit 2010 fertigt das BBK in Kooperation mit weiteren Partnerbehörden im Auftrag der Bundesregierung jährlich sog. Risikoanalysen an, die dem Deutschen Bundestag über das Bundesinnenministerium vorgelegt werden. Im Jahr 2012 befasst sich diese Analyse mit einem pandemischen Infektionsgeschehen anhand eines angenommenen modifizierten SARS-Virus. Die Notwendigkeit der Befassung mit dieser Thematik beruhte auf einer allgemeinen Risikobewertung, analog der Risikoanalysen aus der Schweiz und Großbritannien, und ist keinesfalls, wie aktuell in sozialen Medien verbreitet wird, ein „Geheimplan der Bundesregierung“. Die Erkenntnisse aus Übung und Risikoanalyse sind in vielfältiger Weise in die Pandemieplanungen eingeflossen, haben das allgemeine Krisenmanagement, die Fähigkeit zur Krisenkommunikation und die Ebenen übergreifende Zusammenarbeit verbessert. Auf der Schattenseite steht demgegenüber, dass sich der eigentliche Auftraggeber für die Risikoanalyse, der Deutsche Bundestag, damit

ganz offensichtlich nicht befasst hat und deshalb daraus auch keine Maßnahmen ableiten konnte. Negativ, und in seinen Konsequenzen heute mehr als nur schmerzlich erkennbar, ist, dass die festgestellten Defizite, wie z.B. die Bevorratung an Schutzausrüstungen im Gesundheitswesen nicht bereinigt wurde. Das gilt für die Ärzteschaft, die Krankenhäuser genauso wie für Alten- und Pflegeheime, mobile Pflegedienste, den Rettungsdienst oder die Betreiber Kritischer Infrastrukturen und die für das Gesundheitswesen zuständigen Länderbehörden. Auf der Bundesebene sind zwar vom BBK bisher an 17 Standorten Sanitätsmateriallager aufgebaut worden. Zum einen sind deren Inhalte aber auf Verletzungen und nicht auf Erkrankungen ausgerichtet, zum anderen hatten wir bisher keinen Erfolg bei dem Bemühen, zusätzliche Haushaltsmittel für den weiteren Ausbau auf 100 Standorte zu bekommen.

Erfolgreicher sind wir bei einer anderen uns obliegenden Aufgabenstellung: der Warnung und Information der Bevölkerung. In einer solchen Lage, die geprägt ist von Unsicherheit und Ängsten, weil das Virus nicht sichtbar oder unmittelbar fühlbar ist, und weil es gerade vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung der sogenannten Sozialen Medien – eine widersprüchliche und zum Teil bewusst falsche Berichterstattung in diesen Medien gibt, ist es notwendig, die Entscheidungsfindungen transparent zu machen. Dies bedeutet, eine speziell auf Zielgruppen zugeschnittenen Informationspolitik zu betreiben, unabhängige wissenschaftliche Gremien einzubeziehen und die Ergebnisse dann über zentrale, gebündelte Kommunikationsinstanzen und -wege zu transportieren. Das BBK betreibt seit Jahren das Modulare Warnsystem mit der Warn-App NINA (Notfall- Informations- und Nachrichten-App). Bisher haben

fast 7 Millionen Nutzer diese App heruntergeladen. In der aktuellen Lage wird sie intensiv von Bund, Ländern sowie Städten und Landkreisen für die Aussendung von Handlungsempfehlungen oder -anweisungen genutzt. Nun hat der Deutsche Bundestag kurzfristig Haushaltsmittel für den Ausbau des Systems auf 40 Millionen Nutzer bereitgestellt. Die technische Umsetzung soll noch bis Ende April erfolgen.

Das BBK nutzt diese App, um dort auch eigen Empfehlungen zum Umgang mit oder zum Verhalten in der Pandemie einzustellen. Diese finden sich aber auch auf der Homepage oder sind als Print-Produkte abrufbar. Dazu gehören zum einen zahlreiche Handlungsempfehlungen für Bürgerinnen und Bürger zum Selbstschutz und zur Selbsthilfe, Ratgeber für Behörden sowie für die Betreiber Kritischer Infrastrukturen (z. B. „Handbuch betriebliche Pandemieplanung“), zum anderen aber auch sehr spezielle Tipps und Hilfestellungen für die Menschen in dieser besonderen aktuellen Situation („Tipps bei häuslicher Quarantäne“). Zu weiteren Angeboten, Produkten oder auch Fragen an das BBK haben wir auf unserer Homepage (www.bbk.bund.de) eine FAQ-Liste eingestellt.

Die neue Atomwaffendebatte und die NATO

Die Rückkehr der Kernwaffen in die internationale Sicherheitspolitik

Helmut Ganser, Brigadegeneral a.D.

Im Kalten Krieg verfügten die Atommächte über insgesamt ca. 70.000 Atomwaffen, eine nicht fassbare Vernichtungskraft. Etwa 10 Prozent davon waren auf deutschem Boden disloziert. In einem beispiellosen Abrüstungsprozess haben die Vereinigten Staaten und Russland in den neunziger Jahren ihre Atomwaffen drastisch reduziert. Trotz weitergehender Initiativen einschließlich der Vision eines „Global Zero“ verschwanden die Nuklearwaffen keineswegs aus der internationalen Sicherheitspolitik. Sie blieben Teil der nationalen Streitkräfteplanungen der Nuklearmächte, wurden instandgehalten und modernisiert. Heute verfügen die inzwischen neun Atommächte (USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien, Indien, Pakistan, Israel, Nordkorea) über insgesamt ca. 14.000 Atomsprengköpfe, über 90% davon befinden sich in den russischen und amerikanischen Streitkräften. Der Einsatz selbst eines kleinen Bruchteils all dieser Waffen würde nicht nur Millionen von Menschenleben vernichten und unvorstellbare Zerstörungen in den angegriffenen Regionen verursachen. Er wäre gleichzeitig mit katastrophalen ökologische Folgen verbunden. Ein jahrelang andauernder „nuklearer Winter“ würde zum Zusammenbruch der Nahrungsmittelversorgung für die Weltbevölkerung führen.

Im Zuge der sich seit Mitte des ersten Jahrzehnts ausweitenden Entfremdung und des Vertrauensverlusts zwischen Russland und den USA bzw. der NATO kehrten die Atomwaffen Schritt für Schritt wieder ins Zentrum der strategischen Planungen zurück. Für Moskau sind die

Kernwaffen ausweislich der russischen Militärdoktrin das Rückgrat der nationalen Verteidigungsstrategie. Die NATO bekennt sich seit Jahren in Erklärungen ihrer Staats- und Regierungschefs zu ihrem Status als „nukleare Allianz“. Im Zusammenhang mit der völkerrechtswidrigen Intervention in der Ukraine 2014 und der Annexion der Krim brachte der russische Präsident Putin seine Atomwaffen rhetorisch ins Spiel, was im Westen vielfach als nukleares Säbelrasseln verstanden wurde. Die Stationierung russischer bodengestützter Marschflugkörpersysteme des Typs 9M729, die nach westlichen Erkenntnissen aufgrund ihrer 500 km übersteigenden Reichweite gegen den Mittelstreckenvertrag (INF-Vertrag) von 1987 verstoßen, provozierte 2019 den Kollaps dieses zentralen Bausteins der internationalen Rüstungskontrolle für Europa. Im Zuge gegenseitiger Vorwürfe, das Abkommen zu verletzen, entstand der Eindruck, dass beide Mächte aus geostrategischen Erwägungen und die Interessen Europas missachtend, nicht mehr an diesem Vertragswerk interessiert sind. Die USA und Russland haben inzwischen den Abrüstungs- und Rüstungskontrollpfad verlassen und stellen die Abschreckungslogik wieder in den Mittelpunkt ihrer Sicherheitsstrategien. Falls der New Start-Vertrag, der die strategischen Kernwaffen begrenzt, bis zum 05. Februar 2021 nicht verlängert wird, werden alle vertraglichen Begrenzungen der Atomwaffen der beiden Großmächte aufgehoben sein. Es droht eine Rüstungsdynamik mit potentiell negativen Folgen für die strategische Stabilität. Beide Mächte gefährden damit überdies den für die Nichtweiterverbreitung wichtigen Atomwaffensperrvertrag (NPT), der ihnen Abrüstungsschritte auferlegt hat. Offenbar liegen die größten Hürden für eine New Start – Verlängerung in Washington.

Nuklearstrategische Rationale gestern und heute

In der nuklearstrategischen Debatte werden traditionell zwei Szenarien bzw. Denkschulen differenziert, die miteinander in Wechselwirkung stehen. Das erste Szenario ist auf die Triade der strategischen Kernwaffensysteme (Interkontinentalraketen, seegestützte Raketen und Langstreckenbomber) bezogen. Im Mittelpunkt steht das Konstrukt der strategischen Stabilität, das auf einer technologisch gesicherten Zweitschlagsfähigkeit („mutually assured destruction“) basiert. Strategische Stabilität ist hier nach traditioneller Auffassung dann gegeben, wenn einem potentiellen Gegner durch die Konfiguration der eigenen Systeme verwehrt wird, diese in einem Erstschlag („First Strike Capability“) auszuschalten. Auf gesicherter Zweitschlagsfähigkeit („Second Strike Capability“) beruht der militärische Kern strategischer Stabilität. Dieser Kern bedarf der politischen Ummantelung durch ein stabilisierendes Management der strategischen Beziehungen der Atommächte, in der kooperativen Rüstungssteuerung einen zentralen Raum einnehmen sollte. Die seit Jahren gewachsene geopolitische Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und Russland untergräbt schleichend diese Stabilitätsbedingungen.

Aus Sicht des Verfassers behält das Prinzip strategischer Stabilität unabhängig von der Größe der jeweiligen Arsenale und losgelöst davon, ob eine bipolare oder multipolare Weltsicht vorherrscht, auch im 21. Jahrhundert ihre Gültigkeit. Die Überlebensfähigkeit ihrer Kernwaffen bleibt für alle Atomwaffenstaaten, größere und kleinere, eine *conditio sine qua non*. Die USA und Russland stehen indessen vor der Herausforderung, ggf. unter Einbeziehung Chinas, ein neues Verständnis von strategischer Stabilität zu entwickeln. Denn die dem Stabilitätsbegriff zu Grunde liegenden Parameter sind durch

Raketenabwehr, Hyperschallsysteme, U-Boot-Abwehrsysteme, Anti-Satellitenwaffen und Cyber-Angriffspotentiale auf die digitalen Führungssysteme komplexer geworden. Vor allem die Auswirkungen der technologischen Entwicklungen in der neuen Domäne Cyber- und Informationsraum auf die Nuklearstrategien und die strategische Stabilität müssen stärkere Beachtung finden. Es bedarf vertiefter Analysen, inwieweit die digitalen Command- and Controlsysteme für Einsatz und Sicherheit der Atomwaffen durch Cyberangriffe verletzbar werden, insbesondere im Blick auf potentielle technologische Durchbrüche? Die Überlebens- und Funktionsfähigkeit der nuklearen Abschreckung könnte dadurch in Frage gestellt werden, mit gefährlichen Implikationen für die Stabilität in Krisenlagen. Überdies erscheint möglich, dass massive Cyber Angriffe auf zentrale kritische Infrastrukturen eines Landes eine größere Schadenswirkung hervorrufen, als Atomwaffen mit geringeren Sprengwerten und damit ggf. die nukleare Schwelle unterlaufen.

Das zweite Szenario ist auf einen konventionellen bewaffneten Konflikt bezogen, in dem eine Eskalation mit Atomwaffen möglich ist. Im Kalten Krieg gehörte es zur Staatsraison der Bundesrepublik, die 5000 in Deutschland stationierten US-Kernwaffen als politische Abschreckungswaffen und keinesfalls als Gefechtsfeldwaffen zu begreifen. Die Bundesregierung legte größten Wert auf ein ungeteiltes Abschreckungskontinuum, in dem erwartet wurde, dass die USA zur Verteidigung Europas im Rahmen einer vorbedachten Eskalation glaubwürdig den Einsatz ihrer strategischen Waffensysteme androhen. Aus deutscher Sicht war es zwingend, im Fall des Versagens der Abschreckung schlimmstenfalls einen Nuklearwaffeneinsatz mit dem Ziel der schnellen Kriegsbeendigung zuzulassen, um die

Selbstvernichtung des eigenen Landes durch viele Atomschläge zu verhindern. Dies widersprach indessen dem Verständnis der Kriegsplaner in Washington und in der NATO, die den Einsatz taktischer Nuklearwaffen mit kurzer Reichweite auf dem überwiegend deutschen Gefechtsfeld im Rahmen der vorbedachten Eskalation planten und in NATO-Übungen simulierten. Die Stationierung zahlreicher Atomwaffenträger mit kurzen Reichweiten, über die ebenfalls die deutschen Streitkräfte verfügten, untermauerten diese Planungen. Dazu gehörten nukleare Artilleriesysteme u.a. in der Bundeswehr und bis 1965 sogar die Miniaturatomwaffe „Davy Crockett“, deren Atomsprengkopf von einer Dreibeinlafette über nur zwei bis vier Kilometer Entfernung durch amerikanische Soldaten verschossen werden konnte. Auf sowjetischer Seite gab es Kofferbomben, die durch Personal der Spezialkräfte getragen und zur Detonation gebracht werden konnten. Über den Verbleib dieser Atomwaffen im Zuge des Zusammenbruchs der Sowjetunion bestehen immer noch Zweifel. Die Tatsache, dass der Kalte Krieg nicht in einen heißen Konflikt umschlug, ist ein großer Glücksfall für Deutschland, denn im Fall einer nuklearen Eskalation wäre es wahrscheinlich größtenteils zerstört und unbewohnbar geworden.

Die NATO hat ihre taktischen Atomwaffen nach dem Kalten Krieg abgerüstet und verfügt in Europa im Rahmen der nuklearen Teilhabe von fünf NATO-Staaten nach Expertenhinweisen noch über ca. 150-200 atomare Flugzeugbomben, die als substrategische Waffen bezeichnet werden. Dementgegen hält Russland weiterhin 1500 bis 1800 taktische Kernwaffen in seinem Arsenal, die teilweise in der Exklave Kaliningrad, also innerhalb des NATO-Raumes disloziert sind. Russische Experten verweisen im Blick auf diese hohe Zahl auf die insgesamt 500

französischen und britischen Nuklearsprengköpfe. Nicht wenige Experten halten den heutigen Zustand der Beziehungen zwischen Russland und den USA bzw. der NATO für instabiler und gefährlicher als im Kalten Krieg. In Osteuropa stehen sich erneut militärische Kräfte Russlands und der NATO unmittelbar gegenüber, ohne dass stabilisierende Maßnahmen zur Transparenz und Vertrauensbildung vereinbart sind, die zur Verhinderung unbeabsichtigter Zusammenstöße mit Eskalationspotential beitragen können.¹

In den folgenden Darlegungen soll die Schuldfrage, welche Seite für die neue Konfrontation mehr verantwortlich ist, nicht in den Mittelpunkt gerückt werden. Vielmehr geht es darum, die neue Nuklearwaffendebatte in systemischer Perspektive und mit dem Erkenntnisinteresse zu beleuchten, welcher Handlungsbedarf besteht, um Frieden und Sicherheit in Europa zu erhalten. Die Betrachtung der Lage nur von einem Interessenstandpunkt aus würde die übergreifenden Wirkungszusammenhänge ausblenden. Die Folgen eigenen Handelns müssen stets in die sicherheitspolitische Analyse und die strategische Vorausschau einbezogen werden. Nukleare Abschreckungstheorien sind Denksysteme voller Ungenauigkeiten, Ungewissheiten und manchmal Mystifikationen. Sie beruhen auf zu glaubenden, letztlich nicht belegbaren Annahmen über den Verlauf eines Atomkrieges. Niemand weiß und keiner vermag vorherzusagen, welche Dynamiken sich vor und nach dem Ersteinsatz einer Kernwaffe ergeben würden.

¹ Eine profunde Analyse mit substantiellen Vorschlägen für ein subregionales Stabilitätsregime im Bereich konventioneller Waffen hat Wolfgang Richter vorgelegt. Vergl. Wolfgang Richter: [Erneuerung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa. Vom Gleichgewicht der Blöcke zur regionalen Stabilität in der Krise. SWP-Studie 17, Juli 2019, Berlin](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2019S17_rrw.pdf) https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2019S17_rrw.pdf

Dieser Beitrag konzentriert sich auf die dominierenden Atommächte Vereinigte Staaten und Russland und deren überragende Bedeutung für die europäische Sicherheit. Obwohl die Zahl chinesischer Atomsprengköpfe mit unter 300 angegeben wird, gewinnt der Faktor China in den nuklearstrategischen Überlegungen von Washington und Moskau an Bedeutung. Insbesondere die chinesischen Mittelstreckensysteme üben schon einen hemmenden Einfluss auf die Rüstungskontrolle zwischen den atomaren Großmächten aus. Vor allem die USA fordern vor dem Hintergrund der geostrategischen Rivalität beider Supermächte im indo-pazifischen Raum die Einbeziehung Chinas in Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen. Die Atomwaffen Indiens und Pakistans haben im Zusammenhang mit der Zunahme von Spannungen zwischen beiden Regierungen im Jahr 2019 international wieder stärkere Beachtung gefunden. Ein indisch-pakistanischer Krieg mit atomarer Eskalation würde das seit Hiroshima und Nagasaki bestehende nukleare Tabu brechen und könnte überdies weitreichende globale ökologische Folgen nach sich ziehen.

Europäische Dilemmata der erweiterten Abschreckung durch den Bündnispartner Vereinigten Staaten

Die Staats- und Regierungschefs der NATO haben in ihren Gipfelerklärungen von 2016 und 2018 den Charakter der NATO als nukleares Bündnis betont und differenzierter als in früheren Kommuniqués die Grundzüge ihres politischen Abschreckungs- und Verteidigungsrationals beschrieben. Sie akzentuieren darin die Rolle der strategischen und substrategischen Kernwaffen für eine glaubwürdige Abschreckung und unterstreichen die Notwendigkeit der permanenten Anpassungsfähigkeit des Bündnisses im Blick auf die

Rüstungsentwicklung potentieller Gegner. Die Bedeutung der nuklearen Teilhabe europäischer Staaten wird hervorgehoben.

In der medialen und wissenschaftlichen Debatte über die Atomwaffen fällt seit Jahren auf, dass sich nur wenige Autoren mit den Rationalen und Kalkülen befassen, die den nuklearen Abschreckungsstrategien zugrunde liegen. Die Debatte ist meist auf die Waffensysteme und deren Abrüstung und Rüstungskontrolle fokussiert. Bisweilen entsteht der Eindruck, dass sich ein großer Teil der Wissenschaftler und die meisten sicherheitspolitischen NGOs in Deutschland aus politisch-moralischen Gründen nicht mit dem nuklearstrategischen „Maschinenraum“ befassen. Es fällt offenbar leichter, sich auf Waffensysteme zu konzentrieren und in Abrüstungskategorien zu denken anstatt sich sachlich mit Nuklearstrategien auseinanderzusetzen. Faktisch wird das Feld so den Strategen und Planern in den militärpolitischen Stäben überlassen, ohne deren Konzepte und Gedankengänge zu durchdringen und intellektuell herauszufordern. Dies war im Kalten Krieg anders. Als Beispiel seien die Wissenschaftler um Carl-Friedrich von Weizsäcker erwähnt, die sich z.B. mit der NATO-Strategie der „Flexible Response“ kritisch und fachkundig auseinandergesetzt haben.² Viele ihrer damaligen Erkenntnisse sind heute wieder aktuell. Auch Wolf Graf von Baudissin, der erste Direktor des Instituts für Friedens- und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) hat sich in den 1980er Jahren dezidiert zur Nuklearstrategie und Rüstungskontrolle der Kernwaffen geäußert, u.a. anderem im Rahmen einer Studiengruppe der Vereinigung deutscher Wissenschaftler.³

² u.a. Carl Friedrich von Weizsäcker (Hrsg.): *Kriegsfolgen und Kriegsverhütung*, München: Carl Hanser Verlag 1971 und Carl Friedrich von Weizsäcker: *Wege in der Gefahr. Eine Studie über Wirtschaft, Gesellschaft und Kriegsverhütung*: Carl Hanser Verlag: München 1976

³ Die Studiengruppe an der neben Baudissin auch namhafte Naturwissenschaftler wie H.P. Dürr, D. Senghaas, H. Afheld und K. Gottstein teilgenommen hatten, veröffentlichte 1983 ein Memorandum,

Mit der tragenderen Rolle der Atomwaffen in der aktuellen Strategie der NATO kehren längst überwunden geglaubte Dilemmata der erweiterten Abschreckung, d.h. der Ausdehnung des amerikanischen „atomaren Schutzschilds“ auf Europa wieder zurück. Im Mittelpunkt jeder Abschreckungsstrategie steht die Frage nach deren Glaubwürdigkeit. Eine zentrale Überlegung ist, dass ein Spektrum an nuklearen Optionen und Einsatzmitteln erforderlich ist, um diese Glaubwürdigkeit zu untermauern. Damit verbunden ist das Rational, dass der erweiterte Atomschirm der USA für Europa weniger verlässlich sei, wenn dazu nur die amerikanischen strategischen Nuklearwaffen zur Verfügung stünden. Erst die Androhung des Einsatzes von US-Atomwaffen, die vom europäischen Boden aus und insbesondere durch Streitkräfte europäischer Bündnispartner eingesetzt werden können, stelle eine glaubwürdige Abschreckung her. Dieses Argument gründet auf der meist unausgesprochenen Annahme, dass die USA aus ureigenem nationalen Interesse versuchen würden, eine unvermeidbare nukleare Eskalation zwischen der NATO und Russland möglichst auf den europäischen Raum zu begrenzen und das eigene Territorium als Sanktuarium anzusehen und nicht in Mitleidenschaft zu ziehen. Carl Friedrich von Weizsäcker hat diesen grundsätzlichen Sachverhalt wie folgt auf den Punkt gebracht: „Amerika wird zur Rettung Europas nicht die Selbstvernichtung riskieren“.⁴ Es ist anzunehmen, dass jeder amerikanische Präsident vermeiden will, in einem Krieg in Europa Nuklearwaffen einzusetzen. Sollte die nukleare Schwelle aber dennoch überschritten werden, dürften die USA, wie im

in der politische und militärstrategische Rationale kritisch diskutiert wurden. Vergl. Memorandum der Studiengruppe „Europäische Sicherheit“ der Vereinigung deutscher Wissenschaftler. Ruhr-Universität Bochum 1983

⁴ Carl Friedrich von Weizsäcker: Wege in der Gefahr. Eine Studie über Wirtschaft, Gesellschaft und Kriegsverhütung; Karl Hanser Verlag: München 1976, S. 224

Übrigen ebenso Russland bemüht sein, ihr eigenes Territorium aus einer nuklearen Eskalation heraus zu halten. Die Glaubwürdigkeit der erweiterten Abschreckung beruht daher letztendlich auf dem unkalkulierbaren Risiko für einen Gegner, nicht hinreichend sicher einschätzen zu können, wie der amerikanische Präsident und die NATO in einer nuklearen Krise reagieren würde.

Vor diesem Hintergrund sind die Parameter der aktuellen Modernisierung und Weiterentwicklung der Atomwaffentechnologie zu betrachten. Sie ist auf amerikanischer Seite durch weiter erhöhte Zielgenauigkeit der Trägersysteme und die „low yield“ Modernisierung, d.h. durch neue Atomsprengköpfe mit kleinen Sprengwerten charakterisiert. Die neue B 61-12 Wasserstoffbombe, mit der auch die „Dual Capable“ Flugzeuge der europäischen NATO-Staaten im Rahmen der nuklearen Teilhabe ausgerüstet werden, verfügt nach Medieninformationen über einstellbare Sprengwerte im Bereich unter einer Kilotonne. Die US-Streitkräfte verfügen nach der Einführung hochwirksamer konventioneller Sprengköpfe („prompt global strike“) auf strategischen Trägersystemen neuerdings auch über nukleare Gefechtsköpfe mit relativ geringer Sprengkraft auf seegestützten ballistischen Raketen⁵. Diese Technologie basiert offensichtlich auf der Absicht, flexiblere Einsatzoptionen zu schaffen, d.h. die Systeme handhabbarer bzw. einsetzbarer zu machen, indem die Schadenswirkung einer Nuklearexplosion begrenzt wird. Auf

⁵ Der bereits dislozierte strategische Trident W76-2 Gefechtskopf auf strategischen U-Booten verfügt nach Pressemeldungen über die Sprengkraft eines Drittels der Hiroshimabombe. „Low Yield“ und konventionelle Sprengköpfe auf strategischen Trägersystemen verwischen überdies die Unterscheidung zwischen strategischen und substrategischen Waffen und bergen damit ein Risiko für die Krisenstabilität, weil gegnerische Nuklearmächte nicht differenzieren können, ob die gestartete(n) ballistische Rakete(n) konventionelle, atomare Sprengköpfe im Megatonnenbereich oder „low yield“ Sprengköpfe tragen. Zur inneramerikanischen Debatte um „low yield“ Sprengköpfe auf strategischen Trägersystemen vergl. New York Times vom 04.02.2020 „US Adds 'Low Yield' Nuclear Weapon to Its Submarine Arsenal“, <https://www.nytimes.com/aponline/2020/02/04/us/politics/ap-us-united-states-new-nuke.html>

amerikanischer Regierungsseite wird argumentiert, dass die Abschreckung dadurch gestärkt werde, insbesondere im Hinblick auf die Verbreiterung des Reaktionsspektrums gegen neue auf Europa zielende russische Mittelstreckensysteme. Diese Argumentation gründet auf nicht seriös begründbaren Annahmen und Vermutungen. Denn niemand kann realistisch einschätzen, was zwischen den Atommächten vor und nach dem Ersteinsatz einer Nuklearwaffe passieren wird. Eine unweigerliche Folge der neuen „low yield“ Atomwaffen dürfte die Senkung der nuklearen Schwelle sein. Die selbstabschreckende bzw. selbstdisziplinierende größere Schadenswirkung soll offenbar auf diese Weise verringert werden. Dies könnte sich beim Versagen der Abschreckung für die betroffenen Länder am Ende als verhängnisvoll erweisen. Denn nach dem Ersteinsatz von Atomwaffen mit kleineren Sprengwerten besteht die reale Gefahr, dass eine Spirale von Schlägen und Gegenschlägen mit am Ende größten Verwüstungen entsteht. Vor diesem Hintergrund muss über politische Konsultationen in der NATO verhindert werden, dass die Fahrlässigkeit, mit der im Kalten Krieg in Ost und West rhetorisch und planerisch mit Atomwaffen umgegangen wurde, tendenziell in das aktuelle strategische Denken zurückkehrt.

In diesem Zusammenhang sollte erwähnt werden, dass Russland den atomaren Rüstungswettlauf ebenfalls anheizt und damit zur strategischen Instabilität beiträgt. Die Entwicklung und Indienststellung neuer Hyperschallatomwaffen (Luft-Boden-Rakete „Kinchal“ und Gleitflugkörper „Awangard“) verschärft die ohnehin bestehende nuklearstrategische Asymmetrie in Europa. Auch wenn diese Systeme vermutlich u.a. als Gegenrüstung zur amerikanischen Raketenabwehr konzipiert wurden, provoziert Moskau dadurch intensiver werdende

Debatten in der NATO über Abschreckungslücken und Nachrüstungsforderungen.

Wege aus dem nuklearstrategischen Dilemma Europas

Zahlreiche Aussagen des amerikanischen Präsidenten Trump haben in NATO-Staaten eine Debatte darüber ausgelöst, ob die erweiterte Abschreckung in der NATO weiterhin glaubwürdig bzw. verlässlich sei. Nach Ansicht des Verfassers lenkt diese oft geäußerte Perzeption von dem tatsächlichen operativen Geschehen in der amerikanischen Rüstungsplanung ab. Die oben skizzierten technologischen und nuklearstrategischen Trends führen eher zu der Frage, ob die US - Administration die erweiterte Abschreckung nicht dennoch stärken will, dies aber im Sinne der Führbarkeit eines auf Europa oder Asien begrenzten Atomkriegs versteht. Das liefe dem Interesse der europäischen NATO-Staaten an der Rolle der Atomwaffen als politische Waffen in einem ungeteilten Abschreckungskontinuum und an einer hohen Schwelle für deren Einsatz zuwider.

In der sich intensivierenden deutschen Debatte über künftige Wege der Abschreckung sind vor allem zwei Strömungen erkennbar. Eine Denkrichtung, die wachsenden Zulauf u.a. im linken deutschen Parteienspektrum und den Kirchen erhält, fordert, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft und folglich aus der nuklearen Teilhabe aussteigt. Die entgegengesetzte Denkrichtung setzt auf eine die NATO-Abschreckung ergänzende oder ersetzende erweiterte Abschreckung auf Basis des französischen Nuklearpotentials. Beide Strömungen fußen, ähnlich wie in den politischen Auseinandersetzungen um Frieden und Sicherheit im Kalten Krieg auf völlig unterschiedlichen Voreinstellungen, die in den aktuellen Debatten oft ausgeklammert werden. Mehr oder weniger pazifistisch

geprägten Grundauffassungen, wie z.B. dem Konstrukt der „Friedensmacht“ und der Ablehnung machtpolitischen Denkens auf der einen Seite stehen Positionen entgegen, die deutsche und europäische Sicherheit gegen atomare Bedrohungen von außen auch mit Kernwaffen abzusichern bereit sind. Dabei unterscheiden sich die Geister in der Einschätzung des russischen konventionellen und atomaren Militärpotentials, vor allen Dingen der hohen Zahl an Atomwaffen kürzerer Reichweite, u.a. in Kaliningrad. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, welche strategische Funktion diese Waffen für Moskau gegenüber Europa haben und inwieweit es realistisch oder unrealistisch erscheint, dass Russland seine Atomwaffen in Krisensituationen zur politischen Erpressung nutzen würde. Diese Frage darf im Sinne intellektueller Redlichkeit nicht ausgeklammert, sondern muss beantwortet werden.

Der Atomwaffenverbotsvertrag, deren Protagonisten eine politisch-moralische Diskreditierung der Kernwaffen anstreben, wurde bisher von über 120 Staaten, weit überwiegend von Regierungen des globalen Südens, unterzeichnet. Die Atommächte und die NATO-Staaten sind dem Vertragswerk erwartungsgemäß nicht beigetreten. Als politische Mahnung an die Atommächte, ihren Abrüstungsverpflichtungen nachzukommen, erscheint diese Initiative durchaus sinnvoll. Denn die Nuklearmächte gefährden durch ihre Abkehr vom Abrüstungspfad den äußerst wichtigen Atomwaffensperrvertrag (NPT), in dem sie einst versprochen hatten, den nuklearen Abrüstungsprozess weiter zu führen. Der Atomwaffenverbotsvertrag erinnert außerdem daran, dass die Reduzierung der derzeit ca. 14.000 Atomwaffen in der Welt angesichts der unvorstellbar grausamen humanitären und ökologischen Folgen eines Atomwaffeneinsatzes auf der politischen Agenda bleiben muss.

Als Mittel zur konkreten Stärkung von Frieden und Sicherheit ist das Vertragswerk allerdings untauglich und höchstwahrscheinlich sogar kontraproduktiv. Atomwaffenstaaten lassen sich durch einen Verbotsvertrag nicht beeindrucken. Substantielle asymmetrische Abrüstungsschritte dürften in einer Welt der machtpolitischen Gegensätze und Krisen mit erheblichen politischen Instabilitäten und Friedensgefährdungen verbunden sein. Nur balancierte Schritte der Abrüstung und Rüstungskontrolle, wie beispielsweise im Rahmen von New Start oder ganz neuen Rüstungskontrollinitiativen können Wege entstehen lassen, die von Atomwaffen wegführen.

Inzwischen wird angesichts von Zweifeln an der Zuverlässigkeit des amerikanischen Schutzschirms in Deutschland die Möglichkeit einer erweiterten Abschreckung durch die Atommacht Frankreich diskutiert. Die Einladung von Präsident Macron zu einem Dialog über atomare Abschreckung an die Europäer hat diese Denkrichtung beflügelt. Zwei Aspekte erscheinen dabei bedenkenswert. Erstens bedarf es der Klärung, welche Zielvorstellungen Präsident Macron hier bewegen und ob Frankreich jemals bereit wäre, seine Autonomie über die Verfügbarkeit der Kernwaffen aufzugeben bzw. zu teilen. Dies wäre überdies ein entscheidender Punkt bei der bereits diskutierten Frage einer deutschen oder europäischen Mitfinanzierung der französischen Nuklearstreitmacht. Zweitens bedarf es einer realistischen Bewertung, ob die Nuklearstreitkräfte Frankreichs in ihrer Zahl und Konfiguration trotz der insgesamt ca. 300 Atomsprengköpfe eine hinreichende Überlebensfähigkeit besitzen. Dies kann unter der Annahme von maximal zwei permanent im Einsatz befindlichen strategischen U-Booten, dem Rückgrat der französischen nuklearen Abschreckung, sowie einigen nuklearfähigen Bombern mit begrenzter Reichweite und

Eindringfähigkeit durchaus bezweifelt werden. Überdies würden die oben skizzierten prinzipiellen Probleme der erweiterten Abschreckung eines Staates für andere im Grunde bestehen bleiben. Würde der französische Präsident z.B. in seinem nationalen Abschreckungsrational für die Verteidigung Hamburgs die Vernichtung von Marseille riskieren?

Aus all dem resultiert, dass es für NATO-Europa auf absehbare Zeit keine realistische Alternative zur erweiterten Abschreckung durch die Vereinigten Staaten gibt. Es sei denn, die Debatte würde sich in Richtung auf eine primär seegestützte multinationale europäische Abschreckungsmacht weniger EU-Staaten, ggf. im Sinne der strukturierten Zusammenarbeit und auf Basis der französischen Nukleartechnologie entwickeln. Durchaus ergänzend zur erweiterten Abschreckung durch die USA im NATO-Rahmen und damit die Kalküle jedes potentiellen, nuklear gerüsteten Gegners komplizierend. Derartige Visionen verweilen einstweilen hinter dem politischen Horizont, erscheinen aber zumindest theoretisch diskussionswürdig.

Insgesamt bleibt den europäischen Regierungen angesichts der offensiven russischen Rüstungspolitik mit weiterhin mehreren tausend auf Europa gerichteten Atomwaffen kurz- und mittelfristig nur die Wahl, auf den amerikanischen Atomschirm zu setzen und weit stärker als bisher auf deren Ausrichtung Einfluss zu nehmen. Atomarem „Gefechtsführungsdenken“ und der Regionalisierung des Einsatzes von Nuklearwaffen muss dabei auf bilateraler Ebene und im Rahmen der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO Einhalt geboten werden. Die nukleare Teilhabe der fünf europäischen NATO-Staaten mit Kampfflugzeugen („Dual Capable Aircraft“) ist für diese Einflussnahme auf die US-Regierung unverzichtbar, weil sie die für die USA fundamentale und nachvollziehbare transatlantische Risikoteilung

untermauert und den teilhabenden Partnern ein gewisses Maß an Transparenz, auch über die NPG hinaus, ermöglicht. Ein Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe würde das Risiko für Deutschland vergrößern, weil die Einflussnahme in der NATO und auf deren Nuklearstrategie geschwächt würde. Wer dies dennoch fordert, sollte über politisch-moralische Begründungen hinaus erklären, wie er auf andere Weise dem massiven, auf Europa gerichteten Nuklearpotential Russlands zu begegnen bereit ist. Hinweise auf Diplomatie und Dialog reichen dazu bei weitem nicht aus. Es gibt keinen glatten Ausweg aus dem nuklearen Problem. Es geht um verantwortungsvolles politisches Handeln in einer potentiell existentiellen Dilemmasituation. Die Nachfolgeentscheidung für die als Atomwaffenträger vorgesehenen veralteten Tornado Kampffjets der deutschen Luftwaffe ist seit Jahren überfällig. Die Optionen dafür liegen lange auf dem Tisch. Etwaige Hintergedanken in dem einen oder anderen politischen Lager, *den Ausstieg aus der* deutsche nukleare Teilhabe indirekt über die technisch notwendige Ausmusterung der Tornado Kampfflugzeuge zu erzwingen, wären unseriös.

Darüber hinaus bedarf es dringend neuer Initiativen für eine Rüstungskontrolle der substrategischen Waffen in Europa, um das weitere Abrutschen in strategische Instabilität zu vermeiden. Der aktuelle Zusammenbruch der nuklearen Rüstungskontrolle darf nicht zu einer Art unberechenbarer Anarchie in den strategischen Beziehungen führen. Neue Initiativen sollten von den Europäern ausgehen, weil es in ihrem herausragenden Interesse liegt, Kernwaffen ausbalanciert zu reduzieren. Als Lichtblick erscheint, dass Delegationen aus den USA und Russland über die Implikationen der technologischen Entwicklungen für die strategischer Stabilität sprechen, und dass China dabei ggf.

einbezogen werden könnte. Eine solche trilaterale Rüstungskontrolle ist aufgrund der erheblichen Asymmetrien äußerst schwierig. Wissenschaftler und Praktiker, die dies fordern, sollten Ideen und Vorschläge entwickeln, wie trilaterale Wege zu mehr Stabilität konkret beschritten werden können. Es bleibt zu hoffen, dass bilaterale und ggf. trilaterale Konsultationen zu einem gemeinsamen Verständnis von strategischer Stabilität und zu vereinbarten Prinzipien und Verhaltensregeln führen, um Frieden und Sicherheit zu erhalten. Amerikanisch-sowjetische Abkommen aus den frühen siebziger Jahren, wie z.B. das „Abkommen über die Verhinderung eines Nuklearkrieges“ von 1973⁶ könnten dabei Pate stehen bzw. als Muster für eine Rückbesinnung auf das gemeinsame existentielle Interesse an kooperativer Sicherheit gelten. Eine politisch bindende Vereinbarung zwischen Russland und der NATO zu einem vertrauensbildenden „no first use“ von Atomwaffen könnte ggf. als erster Schritt im NATO-Russland-Rat abgestimmt und beschlossen werden. Dieser Vorschlag bleibt allerdings so lange unrealistisch, wie es nicht gelingt, eine politische Entspannung im Verhältnis USA/NATO und Russland herbeizuführen und sich trotz substantieller Gegensätze auf gemeinsame Interessen zu besinnen. Das gegenseitige Vertrauen ist schnell verspielt worden. Vertrauen wieder aufzubauen ist ein langwieriges Unterfangen. Die Zeit aber drängt.

⁶ Agreement Between The United States of America and The Union of Soviet Socialist Republics on the Prevention of Nuclear War vom 22. Juni 1973. <https://2009-2017.state.gov/t/isn/5186.htm> - -1<https://2009-2017.state.gov/t/isn/5186.htm>

Der Zaungast

*Europa droht zum bloßen Zuschauer am Rande einer neuen,
machtbasierten Weltordnung zu geraten*

Wolfgang Hellmich, MdB

Wer sich im Dezember vergangenen Jahres der Hoffnung hingab, 2020 könnte einen frischen Anfang darstellen, wurde in diesem ersten Quartal recht brutal eines Anderen belehrt.

Die gezielte Tötung eines hochrangigen iranischen Militärs auf irakischem Boden durch die USA, ein bilaterales Abkommen zwischen den Taliban und den USA, sowie die kaskadenhafte Eskalation in Nord-Syrien, an deren Anfang die türkische Bodenoffensive stand, in deren Folge sich die Situation in Idlib dramatisch zuspitzte und abermals hunderttausende Menschen in die Flucht gen Westen treibt. Für Europa ist all dies geradezu ein Offenbarungseid.

Mittelfristig wird sich die globale Ordnung hin zu einer Aufspaltung in wenige Großmächte einerseits und regionale Staatenverbände andererseits entwickeln, so der ehemalige britische Premierminister Tony Blair bei eine Keynote Speech am *Institute For Government* in London Anfang September dieses Jahres.

Auch wenn man diese Einschätzung nicht in Gänze teilt, so beobachten wir in den vergangenen Jahren doch deutliche Entwicklungen, die eine solche These stützen.

Hieraus folgt zwangsläufig, dass jene Staaten, die weder das eine sind, noch dem anderen angehören, bei der Durchsetzung ihrer Interessen einen schweren Stand haben werden. Kein Staat Europas wäre, auf sich allein gestellt, heute fähig, seine Interessen weltweit auch nur annähernd so effektiv zu vertreten, wie es uns die EU aktuell ermöglicht

oder zukünftig ermöglichen könnte. Während sich diese Sichtweise wirtschaftlich weitestgehend etabliert hat, bleibt die militärische Kooperation und Integration der EU-Mitgliedsstaaten noch weit dahinter zurück. Die Auflösung des Multilateralismus und die zunehmenden Multipolarität der politischen Weltordnung sind die zentralen Herausforderungen für die deutsche und europäische Außenpolitik. Europa droht zum bloßen Zuschauer am Rande einer neuen, machtbasierten Weltordnung zu geraten.

Zwar ist es europäischer Konsens, dass eine effektive Sicherheits- und Verteidigungspolitik nur europaweit und in enger Zusammenarbeit mit unseren Partnern Bestand haben kann, doch müssen die EU-Mitgliedsstaaten zum Erfolg dieser Strategie auch entschlossen und vor allem gemeinsam handeln. Hierzu ist eine Homogenisierung der verteidigungs- und rüstungspolitischen Bemühungen in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten notwendig. Deutschland übernimmt hier als starkes Land eine aktive Rolle, um mit den weniger starken Staaten in Europa die gemeinsame Sicherheit zu gewährleisten.

In den vergangenen Jahren wurden bereits wesentliche Schritte im Sinne einer engeren europäischen Zusammenarbeit unternommen. So werden im Rahmen der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (SSZ, engl. PESCO) verschiedene Projekte vereinbart, zu deren Umsetzung jeweils einige EU-Staaten in enger Zusammenarbeit kooperieren. Ferner steht bei dieser Form der Zusammenarbeit auch die Frage im Raum, unter welchen Bedingungen Nicht-EU-Länder an der PESCO beteiligt werden können. Nach meinem Dafürhalten wäre eine Öffnung sinnvoll, zumindest für die Nato-Partnerstaaten und die mit der EU vertraglich eng verbundenen Staaten, z.B. Norwegen, Israel, die USA und Großbritannien – unabhängig von einem möglichen Brexit. Auf

einer praktischen Ebene macht die Koordination mit der Nato sichtbare Fortschritte, die Dopplungen ausschließen werden.

Im Herbst 2019 wird mit dem „Coordinated Annual Review on Defence“ (CARD) erstmals eine gemeinsame Übersicht über Verteidigungsausgaben implementiert, welche Fähigkeitslücken aufzeigen soll und den europäischen Staaten so eine transparente und auf die Fähigkeiten der Partner abgestimmte Planung ermöglicht. Ferner wird mit dem Europäischen Verteidigungsfonds (engl. EDF) ein Schwerpunkt auf die gemeinsame Forschung und Entwicklung von Rüstungsgütern gelegt. Und dies ist abgestimmt mit den Planungen der Nato, um unnötige Dopplungen zu vermeiden und mehr gezielte Wirksamkeit der investierten Mittel zu erreichen.

Gemeinsam stellen diese Mechanismen das Fundament dar, auf welchem es nun jene Strukturen zu errichten gilt, welche die gemeinsame europäische Sicherheits- und Außenpolitik in den nächsten Dekaden tragen werden.

All diese Bemühungen haben eine stärkere eigenständige Rolle Europas in der Sicherheit- und Verteidigungspolitik zum Ziel, in welche auch die zunehmende Anzahl bi- und trilateraler Vereinbarungen eingepasst werden muss. Der Kurs darf nicht durch das Auspielen der europäischen Autonomie gegen das Schutzversprechen der Nato und die besondere Rolle der USA für einige Staaten bestimmt werden. An dieser Stelle ist nochmals zu betonen, dass es sich nicht um eine Parallelstruktur zur NATO handelt, sondern um die Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO und die Handlungsfähigkeit der EU.

Diese Entwicklung wird längerfristig betrachtet in einer europäischen Armee, kurzfristig in einer vertieften Kooperation der einzelnen Armeen untereinander münden. Klar ist, dass Europa seine Interessen in einer

krisenbedrohten Welt nur zur Geltung bringen kann, wenn es zusammensteht. Hierzu zählen explizit auch die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Der Frieden nach Außen und Innen bleibt dabei auch zukünftig die wichtigste Aufgabe dieser Politik.

Newsletter – Ausgabe 01 / 2020 (13. Jahrgang) 32

Zum Schluss aber nicht zuletzt ein Hinweis: Informationen zum Arbeitskreis können Sie /
können Sie auch abrufen unter

<http://www.nrwspd.de/gremien/6/1356/Arbeitskreis-Sicherheitspolitik-und-Bundeswehr.html>

Anmerkung:

Wir gehen davon aus, dass Sie / dass Ihr auch weiterhin an unserem Newsletter interessiert sind / seid. Wenn dies nicht mehr der Fall sein sollte, dann lassen Sie / lasst Ihr uns das bitte wissen

Impressum

Vorsitzender des Arbeitskreises
Joachim Schaprian

Redaktion des Newsletters
Moritz Brake

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf
Tel.: 0211/136220
Mail: info@nrwspd.de

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)